

6 Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern eine Perspektive geben – mehr pädagogische Entscheidungen den Schulen übertragen und aus der Pandemie gut durchstarten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12594

Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Schule und Bildung
Drucksache 17/13416

In Verbindung mit:

Endlich ein wirksames und nachhaltiges Unterstützungsprogramm für mehr Bildungsgerechtigkeit in NRW!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12601

Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Schule und Bildung
Drucksache 17/13420

In Verbindung mit:

Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2021 (Zweites Bildungssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13092

Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Schule und Bildung
Drucksache 17/13418

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13549

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13553

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13554

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat Frau Kollegin Schlottmann das Wort.

Claudia Schlottmann^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach wie vor

bestimmt die Coronapandemie unseren Alltag. Kaum einer von uns hätte gedacht, dass noch ein Jahr später dieses Virus in besonderem Maße beeinträchtigen würde. Wir haben von Anfang an alles dafür getan, die negativen Auswirkungen der Krise so gering wie möglich zu halten und so viel wie möglich abzufedern.

Gerade im Schulbereich leisten nun seit über einem Jahr Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern Großartiges.

Unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, ist es in diesen Zeiten zum einen, den Schülerinnen und Schülern und auch dem Lehrpersonal eine Sicherheit zu geben. Zum anderen stellen wir hier die Weichen, damit trotz Corona Schülerinnen und Schüler erfolgreich ihre Schullaufbahnen abschließen und fortführen können.

Das ist das Ziel des Zweiten Bildungssicherungsgesetzes. Wir geben Sicherheit für einen Schulabschluss. Ebenso schaffen wir die Grundlage für faire und gerechte Prüfungsbewertungen und eine langfristige Vergleichbarkeit.

Die Schülerinnen und Schüler sowie das Lehrpersonal haben in besonderem Maße die Unwägbarkeiten und Einschränkungen durch diese Krise zu spüren bekommen. Wir haben stets alles daran gesetzt, in den Schulen möglichst viel Normalität zu erhalten, so viel Präsenzunterricht, wie es irgendwie möglich war, und so viel Kontakt wie möglich – dies immer wieder mit Blick auf den Infektionsschutz.

Es ist uns natürlich völlig klar, dass der Präsenzunterricht durch nichts zu ersetzen ist. Wir erleben immer wieder, wie wichtig dieser Präsenzunterricht ist, nicht alleine weil die Kinder Blickkontakt haben und in einen besseren Kontakt mit ihren Lehrern und Lehrerinnen treten können, sondern vor allen Dingen wegen der sozialen Kontakte, die den Kindern im Moment verloren gehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Daher haben wir auch vor Ort die Möglichkeit geschaffen, dass sich Schüler, Lehrpersonal und weiteres schulisches Personal testen lassen können, um Sicherheit zu schaffen und alle Beteiligten zu schützen.

Uns ist natürlich bewusst, dass dieses Schuljahr ein außergewöhnliches ist. Jedoch hat stets Unterricht stattgefunden, wenn auch zum Teil auf Distanz. In kürzester Zeit hat die Landesregierung hier Unterstützungsangebote bereitgestellt, um die Beteiligten vor Ort so gut wie möglich vorzubereiten.

Aus den Schulen in Nordrhein-Westfalen haben wir auch die Rückmeldung bekommen, dass der Distanzunterricht weitgehend sehr gut läuft. Dies haben wir in besonderem Maße den Lehrerinnen und Lehrern vor Ort zu verdanken. Mit häufig sehr viel Eigenini-

tiative haben sie es geschafft, auch auf digitalem Wege den Schülerinnen und Schülern die wichtigsten Inhalte zu vermitteln.

Dabei sind auch neue Ideen entstanden, dass man auch Unterricht mit von Lehrern gedrehten Videos usw. gestalten kann. Das ist nach dem, was zumindest mir Lehrer zurückmelden, für die Lehrer eine völlig neue Erfahrung, an der sie in Zukunft auch gerne festhalten möchten.

Auch der Verzicht auf blaue Briefe in diesem Schuljahr sowie ein umfangreiches Angebot für Nachprüfungen gehen auf die Besonderheit dieses Schuljahres ein. Außerdem ist es wichtig, dass Versetzungsentscheidungen zum Ende des Schuljahres getroffen werden und somit die vorgesehenen Leistungsbeurteilungen stattfinden sowie versetzungsrelevante Zeugnisnoten in der Sekundarstufe I und in der Einführungsphase vergeben werden. Dies war übrigens auch überwiegend die Meinung der Experten bei der Anhörung.

Die Landesregierung hat Maßnahmen getroffen, die dazu dienen, Schülerinnen und Schüler aufzufangen, die noch weitere Bedarfe haben. Das Landesprogramm „Extra-Zeit“ bietet den Schülerinnen und Schülern aller Schulformen Unterstützung außerhalb der Schule an. Damit setzen wir klare Zeichen dafür, dass die Zukunft unserer Kinder nicht von der Zeit der Coronapandemie bestimmt werden darf.

Unsere Bildungsministerin Anja Karliczek hat angekündigt, dass vermutlich schon kommende Woche ein großes Aktionsprogramm vonseiten des Bundes aufgelegt wird, um die Folgen der Coronakrise für Kinder und Jugendliche abzumildern. Der Bund wird den Ländern 1 Milliarde Euro zur Verfügung stellen, um Unterstützung im kommenden Schuljahr zu fördern. Als NRW-Koalition begrüßen wir hier die Unterstützung durch den Bund ausdrücklich.

An dieser Stelle möchte ich auch gerne darauf eingehen, dass den Schulen sehr viele Möglichkeiten gegeben wurden, das Wechselmodell bzw. den Distanzunterricht selber auszugestalten. Die Landesregierung hat hier vor allem die Rahmenbedingungen geschaffen. Nur so war und ist dieses besondere Schuljahr zu meistern. Denn auf Landesinitiative können wir eben nicht sämtliche individuellen Situationen in den Schulen vor Ort einplanen. Diese Freiheit müssen wir den Schulen geben.

Schülerinnen und Schüler genauso wie das Lehrpersonal haben hier Großartiges geleistet. Ich habe Hochachtung vor diesem Kraftakt, und ich bedanke mich bei allen, die ausdauernd und engagiert in der Krisenzeit gewirkt haben und es auch weiterhin tun.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es ist auch aus diesem Grund wichtig und richtig, diese enorme Leistung anzuerkennen. Es ist aus Gründen der Fairness wichtig, den Schülerinnen und

Schülern, die unter schwierigsten Bedingungen dieses Schuljahr bewältigt haben, faire und vergleichbare Abschlussprüfungen zu ermöglichen. Denn wir wollen eben nicht eine Coronageneration von Schülerinnen und Schülern in diesen Zeiten.

Die negativen Auswirkungen der Pandemie müssen für die Schülerinnen und Schüler so gering wie irgend möglich gehalten werden. Wir wollen nicht, dass die Bildungsbiografien von Kindern und Jugendlichen langfristig Schaden nehmen, weil sie keine vergleichbaren Abschlüsse haben.

Wir wollen, dass alle Klassen und Jahrgänge in diesem Jahr ihren Abschluss machen und ihnen Perspektiven für ihre berufliche Zukunft geben. Dazu gehören auch zentrale Prüfungen, denn für viele Absolventen geht es nach den Sommerferien in einen Ausbildungsbetrieb oder in eine Hochschule. Mit vergleichbaren Abschlussprüfungen können sich Schülerinnen und Schüler auch in anderen Bundesländern bewerben – eine wichtige Option, welche wir den diesjährigen Abschlussklassen nicht verwehren wollen und dürfen.

Zentrale Prüfungen sind aus unserer Sicht ein grundsätzlich wichtiger Bestandteil der Qualitätssicherung in der schulischen Bildung. Abschlussklassen müssen sich auf die Qualität der Schulabschlüsse verlassen können.

Denn auch wenn uns die Coronapandemie noch in Atem hält, müssen wir an die Zukunft denken und in besonderem Maße an die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler, damit sie nicht von COVID-19 in ihrer Zukunft und in ihrer schulischen Biografie bestimmt werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schlottmann. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Ott.

Jochen Ott (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Dank gilt am Anfang den Kindern und Jugendlichen in unserem Land. Ich möchte ihnen meine Bewunderung und meine Wertschätzung aussprechen. Seit über einem Jahr kämpfen sie mit immensen Schwierigkeiten: ständiger Wechsel von Präsenz- und Distanzunterricht, mangelnde digitale Ausstattung, fehlender Internetzugang, alleingelassen beim Lernen, mangelnde Prüfungsvorbereitungen, Lernen zu Hause auf engstem Raum, Unterstützung jüngerer Geschwister, die Angst, die Großeltern anzustecken, fehlende Sozialkontakte, kein Singen, Feiern, Flirten. Auf vieles müssen die Kinder und Jugendlichen in unserem Land verzichten, und deshalb

meine Wertschätzung, unsere Wertschätzung für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Als vermeintlich Erwachsene und vor allen Dingen als Politikerinnen und Politiker müssen wir uns bei den Kindern und Jugendlichen in unserem Land entschuldigen. Wir haben es in über einem Jahr nicht geschafft, ihre Bedürfnisse in dieser Pandemie in den Mittelpunkt zu stellen. Stattdessen: gegenseitige Schuldzuweisungen und wenig Bereitschaft, gemeinsam, das heißt interfraktionell, Lösungen zu suchen. – Bund, Land, Kommune, Gesundheitsministerium, Schulministerium, Jugendministerium – alle schieben die Bälle hin und her.

Wenn ich an Helmut Schmidt und die Flut in Hamburg denke, dann denke ich an Folgendes: Damals saßen die Menschen auf den Dächern, da konnte nicht endlos debattiert werden, Lösungen, seien sie noch so unkonventionell, mussten gefunden werden. Alle gemeinsam an einem Tisch – das scheint in Nordrhein-Westfalen unmöglich zu sein. Bis heute können die Eltern nicht verstehen, warum das Gesundheitsressort an den Gesprächen zum Beispiel mit den Elternverbänden einfach nicht teilnimmt. In NRW lähmen uns die Strukturen, Lösungen werden keine gefunden.

Dieses Versagen wird besonders am sogenannten Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2021 deutlich. Dieses zweite Bildungssicherungsgesetz sollte eigentlich heute Abend nach 22:00 Uhr gelesen werden. Durch die Änderung der Tagesordnung konnte es nun auf den Nachmittag zu den Anträgen von SPD und Grünen vorgezogen werden; denn es gehört natürlich in die Öffentlichkeit, in die öffentliche Diskussion.

Dieses Gesetz soll die Bildung all unserer Schülerinnen und Schüler sichern, wird seinem Namen aber nicht gerecht. Eigentlich ist es eine Bankrotterklärung; denn es hat diesen Namen nicht verdient.

Während wir über das Gesetz diskutieren, schreiben unsere Schülerinnen und Schüler nämlich bereits das Abitur. Das ist bitter. Das schriftliche Abitur ist nächste Woche bereits beendet.

Die ZP 10 steht kurz vor der Tür.

Blaue Briefe – darüber will ich gar nicht mehr reden.

Über all das diskutieren wir mit Blick auf einen Gesetzentwurf, der längst hätte vorliegen sollen. Nirgendwo in Deutschland wird noch während der Abiturprüfung der gesetzliche Rahmen festgelegt.

(Beifall von der SPD)

Es ist auch deshalb so schlimm, weil wir vor einem Jahr schon einmal hier standen und über viele auf der Agenda stehende Aspekte gesprochen haben –

auch über die Abschlussprüfungen und die Versetzungen. Die Landesregierung ist leider reicher an Erfahrung, aber scheinbar nicht schlauer geworden.

Ich weiß, dass Sie an dem Gesetzentwurf nichts mehr ändern wollen. Mein dringender Appell heute lautet noch einmal: Erkennen Sie die besonderen Umstände der Schülerinnen und Schüler, erlauben Sie dezentrale Klassenarbeiten in der ZP 10. Die Lehrkräfte wissen am besten, welcher Lernstoff vermittelt wurde.

Es ist schon bemerkenswert: Tausende Menschen aus dem ganzen Land haben uns geschrieben, Tausende Eltern bitten darum, und Sie ignorieren das einfach. Das ist schon ein dickes Ding, wenn man bedenkt, dass Sie letztes Jahr dezentralisiert haben.

Frau Schlottmann, um das zu erwähnen: Es gab über Generationen überhaupt keine ZP-10- und Abschlussprüfungen. Sie können keinem Menschen in diesem Land erklären, warum die Qualität ausgerechnet in diesem Jahr, in dem die Schüler besondere Leistungen und Selbstständigkeitsleistungen erbracht haben ...

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich bleibe auch dabei, dass es das eine ist, wenn Mitarbeiter der Bezirksregierungen oder Direktoren von Gymnasien erklären, ein Freischuss sei zeitlich schwierig. Das andere ist, dass der Freischuss ein wichtiges psychologisches Signal an die Abiturientinnen und Abiturienten in diesem Land gewesen wäre, nämlich: Macht es mit Mut, und wenn ihr merkt, dass es nicht geklappt hat, dann könnt ihr es noch einmal machen – im Zweifel auch im Herbst.

Der Freischuss wäre eine Antwort gewesen, um die Sorgen und Nöte der Jugendlichen in unserem Land ernst zu nehmen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Darüber hinaus haben wir kein Verständnis mehr dafür, dass wir in diesem Jahr überhaupt über ein Sitzenbleiben reden. Es ist vollkommen klar, dass es kein normales Schuljahr ist. Das sagen wir seit Monaten. Wir sollten über Förderung, Unterstützung und eine Kultur des Behaltens und nicht darüber, dass die Leute die Schulen verlassen sollen, reden. Freiwillige Wiederholungen sollen natürlich möglich sein. Es geht jetzt aber um etwas anderes als darum, so zu tun, als ob alles so ist wie immer.

Wir blicken auf ein desaströses Schuljahr zurück. Es war ein Schuljahr unter Pandemiebedingungen, in dem das Schulministerium ziellos umherirrte. Wie im vergangenen Jahr gibt es noch keine erkennbare Strategie für die Schulen in Nordrhein-Westfalen. Es gibt keinen vernünftigen Plan, der verschiedene Szenarien mit Unterricht in Präsenz-, Wechsel- und

Distanzformaten sinnvoll verknüpft, sowie keine Test- und Impfstrategie.

Zum Thema „Wertschätzung“ kann ich nur Folgendes sagen: Wenn jetzt alle Grundschulleitungen erfahren, dass sie bei den Lolli-Tests bis spät in den Abend und morgens früh ab 5:00 Uhr bereitstehen müssen, um sich darum zu kümmern, und diesen Menschen nicht einmal von der Ministerin oder jemand anderem aus der Landesregierung zugesprochen wird, dann ist das alles andere als Wertschätzung. Die Lehrerinnen und Lehrer, die Grundschulleiterinnen und Grundschulleiter, die in diesem Jahr so viel geleistet haben, fühlen sich erneut vor den Kopf gestoßen, weil sie überhaupt nicht mehr wissen, wie sie ihre Arbeitszeit in den nächsten Wochen regeln sollen.

Es gibt keine Perspektive für die Betroffenen im System, und das ist traurig.

Grundsätzlich will ich noch einmal festhalten: Es geht in diesem Jahr darum, an Leib und Seele gesund zu bleiben. Es geht deshalb um eine andere Aufgabe von Bildung, nämlich die Bildung der Selbstvergewisserung, der Persönlichkeitsentfaltung, des Wachstums in der und aus der Krise heraus. In einer solchen Zeit einseitig immer wieder das Mantra der Normalität zu beschreiben und immer noch auf Prüfungen, Noten und immer nur auf Abschlussorientierung zu setzen, ist der falsche Weg.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das Ministerium regiert dieses Land nach über einem Jahr nach dem Motto „auf Sicht fahren“. Auch Frau Schlottmann sagte eben wieder: Es konnte ja keiner ahnen, was passiert. – Ich muss schon sagen: Ich bin bass erstaunt, dass Sie tatsächlich immer noch sagen: Es konnte ja keiner wissen und ahnen. – Eine vorsorgende Politik weiß, wenn die Krise da ist, dass sie sich dann auf eine mittel- und langfristige Strategie verständigen muss. Das haben Sie nicht geleistet.

Das Chaos des Auf-Sicht-fahrens konnte man nach den Osterferien sehen: In der ersten Woche nach den Ferien durften die Schulen nicht öffnen, da die Tests nicht überall angekommen waren, und dann kamen auch noch die falschen Tests in großen Gebinden. Und natürlich musste die Schule geschlossen werden, weil Laschet ja Kanzlerkandidat werden sollte. Deshalb musste im Rahmen der Diskussion des Nachdenkens über den Brücken-Lockdown erst mal alles zugemacht werden. Die Woche darauf öffnen Sie dann die Schulen wieder bei konstant bis rasant steigenden Inzidenzwerten – das hat schon niemand mehr verstanden –, um die Woche danach die Schulen wieder zu schließen, weil die Diskussion dann auf den gemeinsamen Inzidenzwert auf Bundesebene hinausgelaufen ist.

Ich befürchte, bis mindestens Ende Mai werden viele Schulen aufgrund des Inzidenzwertes gar nicht mehr öffnen. Dann wird das Wechselmodell, das Solinger Modell, das Sie mit allen Kräften bekämpft haben, auf einmal den Lehrern als Standardmodell und als Pflicht verkauft. Wer soll denn da noch an eine konsequente und vernünftige Strategie glauben, meine sehr verehrte Damen und Herren?

(Beifall von der SPD)

Sie haben immer nur reagiert und nie proaktiv gehandelt; immer kurz vor knapp. Die Schulmails sind und bleiben legendär. Selbst als Sie es dann vor den Ferien zum ersten Mal nach einem Jahr geschafft haben, eine Perspektive für die Zeit nach den Osterferien zu bieten – ich hatte schon gedacht: Wow, jetzt haben sie es drauf –, hat Ihr eigener Ministerpräsident das wegen seiner persönlichen Ambitionen kaputt gemacht. Das ist schon ein Ding.

Ständig wird jede Forderung der Opposition weggebügelt, aber Sie feiern sich als Hüter des Präsenzterrichts, als wir zur Vorsicht rieten und Konzepte für einen sicheren Unterricht forderten.

Für die SPD sage ich noch mal: Neben der Vermittlung des Lernstoffs ist Schule so viel mehr für Kinder und Jugendliche, und das sage ich seit über einem Jahr immer wieder: Gesundheit ist im umfassenden Sinne zu sehen, natürlich in Bezug auf die Infektionen, aber natürlich auch seelisch und körperlich. Das zusammen zu denken, wäre die Aufgabe der Bildungsministerin von Nordrhein-Westfalen und des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

Nun zu der Verweigerungshaltung zu all dem, was wir hier vorgeschlagen haben. Das Beste war wirklich die Nummer mit den Study Halls. Monatelange reden wir von Study Halls, bitten wie die Elternvertreter darum, ein Angebot zu machen für Kinder aus Familien – über sie hat der Ministerpräsident heute Morgen gesprochen – aus Stadtteilen mit engen Wohnverhältnissen. Wir reden darüber, es wird abgebugelt, abgelehnt. Und dann kommt der Ministerpräsident zwei Tage vor Karneval und sagt: Och, ich war in Aachen an der Hauptschule. Da habe ich ein ganz tolles Modell gesehen, die Study Halls, so etwas Großartiges muss man doch unterstützen. – Das hätte er seit Monaten haben können, aber er hat es nicht begriffen! Es ist unfassbar, und es ärgert mich auch!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ist doch peinlich der Mann!)

Und es geht noch weiter. Während wir dann diese ganzen Themen der Pandemiebewältigung besprechen, räumen Sie andere Themen einfach still und

heimlich ab und versuchen Sie galant durchzukriegen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Mann, ist der peinlich!)

Nehmen wir das Thema „SoWi“, die Sozialwissenschaften. Da wird ein fundamentalistischer, ideologischer Kampf geführt gegen ein Fach, das insbesondere in der jetzigen Phase besonders wichtig ist.

Es geht nämlich um marktkonforme Demokratie. Die Lehre von der Gesellschaft soll mit einem Symbol zurückgedrängt werden, das vorne und hinten nicht passt. Es ist das eine, dass Sie den Namen „Sozialwissenschaften“ jetzt wieder in das Fach aufnehmen, aber dass Sie tatsächlich in einer der größten Krisen, die wir haben, die Lehre von der Gesellschaft, die Soziologie, die so wichtig ist, um Politik und Wirtschaft zu verstehen, zurückschneiden, ist ein schwerer politischer Fehler.

(Beifall von der SPD)

Es ist wirklich unfassbar, dass Sie im Bereich der Inklusion – das ist ebenfalls unglaublich – in der Pandemie soeben einmal still und heimlich den Erlass zum gemeinsamen Lernen in der Grundschule veröffentlichten, was die Verbände zu Recht auf die Barrikaden treibt.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Ott?

Jochen Ott (SPD): Nein, ich möchte das zu Ende führen. – Drittens, das ist das Beste am Sozialindex: Der Sozialindex, den ich sehr unterstütze und den wir unterstützt haben, wird in den Stufen eins bis neun vorgelegt. Man kann darüber streiten, ob es fünf oder neun sein sollen, aber das wurde vernünftig vorbereitet; das kann man so machen.

Bei der Mittelverteilung geht es aber so zu – ich übersetze einmal in die Welt des Fußballs –: Die Mittel und das Personal des 1. FC Köln werden genutzt, um Schalke 04 zu stabilisieren und nach oben zu bringen. So sieht ein vernünftiger Sozialindex in Nordrhein-Westfalen nicht aus.

(Beifall von der SPD)

Ich erwarte, dass wir mehr Geld insbesondere jetzt in der Pandemie für die Schulen in den Stadtteilen einsetzen, über die der Ministerpräsident heute Morgen gesprochen hat. Das ärgert mich. Seit Jahren kämpfe ich für Stadtteile wie beispielsweise Chorweiler, Finkenbergring und andere. Jetzt kommen alle und sagen: Ach, wie überraschend, dass es in Chorweiler schwieriger ist. – Dort ist die Lage sehr schwierig.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Hören Sie doch auf rumzubrüllen!)

Dann lassen Sie uns jetzt doch Nägel mit Köpfen machen. Dann sorgen Sie dafür, dass der Sozialindex dort vernünftig ausgestattet wird.

(Beifall von der SPD)

Jetzt zum Ausblick:

(Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU] und Kirstin Korte [CDU])

In zwei Monaten sind Sommerferien. Wir müssen jetzt in das System hineingeben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Meine Güte!)

Alle Schülerinnen und Schüler werden natürlich ersetzt, wenn sie das möchten. Selbstverständlich gibt es keine weiteren Klassenarbeiten mehr in diesem Jahr, außer in den Abschlussjahrgängen. Selbstverständlich steht jetzt die Pädagogik im Mittelpunkt.

Selbstverständlich werden wir jetzt dafür sorgen, dass die Lehrerinnen und Lehrer alle geimpft werden. Selbstverständlich unterstützen wir euch beim Testen, damit ihr in den Schulen nicht daran kaputtgeht. Selbstverständlich sorgen wir dafür, dass überall Luftfiltergeräte aufgestellt werden.

Selbstverständlich sorgen wir dafür, dass es zusätzliches Personal gibt. Wir werden Studierende und andere mobilisieren, um alles zu tun, um die Schulen für das neue Schuljahr vernünftig auszustatten. Wir werden selbstverständlich dafür sorgen, dass für alle Kinder und Jugendlichen vernünftige Ferienangebote in diesem Jahr zur Verfügung gestellt werden.

(Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Abschließend sage ich Ihnen als Vater und schulpolitischer Sprecher meiner Fraktion: Wenn die Kinder und Jugendlichen einen Anspruch haben, dann den, dass sie jetzt endlich in den Mittelpunkt der Debatte gehören.

Das bedeutet für diese Sommerferien: Diese Kinder brauchen jetzt eine Perspektive, weil das, was sie geleistet haben, großartig ist. Unsere Verantwortung lautet, für diese Kinder zu sorgen und zu streiten.

Deshalb legen Sie endlich los und verweigern Sie sich nicht weiter jeglicher Strategie für eine vernünftige Kinder- und Jugendpolitik, für eine vernünftige Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Es gibt die Anmeldung einer Kurzintervention aus den Reihen der FDP. Frau Kollegin Müller-Rech hat jetzt das Wort. Bitte schön.

(Sarah Philipp [SPD]: Ach Gott!)

Franziska Müller-Rech (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Kollege Ott, Sie haben, obwohl es eigentlich um das Bildungssicherungsgesetz ging, noch einmal das Thema „Sozialwissenschaften“ angebracht. Zwei Dinge stören mich seit Wochen und Monaten massiv:

Zum einen müssen wir selbstverständlich, auch wenn wir uns seit 13 Monaten in einer Pandemie befinden, weitere Themen, bei denen Handlungsbedarf besteht, anpacken und regeln. Wir können uns nicht nur 13 Monate lang mit der Pandemie beschäftigen. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei ärgert mich noch sehr viel mehr; das haben Sie gerade wieder am Rednerpult gemacht, und das hat auch Ihr Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty neulich wieder auf Twitter gemacht:

Sie behaupten steif und fest, dass die Soziologie sowohl aus dem Lehramtsstudiengang als auch aus den neu strukturierten Unterrichtsfächern genommen worden wäre. Das ist aber einfach falsch; das können Sie nirgendwo belegen.

Deshalb nutze ich jetzt hier vor allen die Gelegenheit, Sie aufzufordern, endlich darzulegen, wo Sie das der Lehramtszugangsverordnung oder den Kernlehrplänen des Schulfachs Wirtschaft/Politik entnehmen. Bitte legen Sie endlich Belege für diese haltlosen Vorwürfe vor, oder hören Sie auf, solche Fake News zu verbreiten.

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Herr Ott, Sie haben das Wort für eine Reaktion.

Jochen Ott (SPD): Danke. – Bemerkenswert ist der erste Punkt, nämlich die Aussage, man müsse noch andere Themen bearbeiten dürfen. Die Landesregierung – ich sage es einmal ganz salopp – haut am Freitagmorgen vor dem Schulausschuss am Mittwoch mehrere Dinge raus und sagt dann: Wir machen ganz normal unsere Arbeit.

Wenn man es ernst meint, Themen bearbeiten will und auch noch in Podiumsdiskussionen anbietet, dass man das mitnimmt und gemeinsam bearbeitet, schickt man nicht am Freitag, wenn danach am Mittwoch der Ausschuss tagt, solche weitgehenden Dinge herum, die wir dann über eine Aktuelle Viertelstunde auf die Tagesordnung bringen müssen, damit man überhaupt in die Lage versetzt wird, darüber diskutieren und eine Anhörung beantragen zu können. Das ist einfach schlechter Stil.

(Zuruf von Kirstin Korte [CDU])

Wenn es wirklich so ist, dass Sie das vernünftig bearbeiten wollen, müssen Sie das auch tun. Das Beste ist, dass Sie dann eine Sitzungsunterbrechung machen und sich darüber aufregen, dass wir zu zwei Verordnungen eine Anhörung beantragen.

Anfang dieser Woche stellt sich dann heraus, dass Sie dummerweise zu der einen Verordnung vergessen haben, den Finanzausschuss zu fragen.

(Vereinzelt Beifall)

Oh, dann muss der Finanzausschuss auch noch am Freitag tagen. Die Kollegen sind ganz überrascht, dass noch eine Sondersitzung angekündigt wird. Das meine ich.

Wir reden seit November über das Bildungssicherungsgesetz. Wir fragen immer wieder: Mensch, wann kommt es denn? – Es kommt nichts. Dann wird es eben einmal durchgepiffen. So arbeitet man nicht, wenn man partnerschaftlich arbeiten will.

(Beifall von der SPD)

Zum Thema „Soziologie“: Wer wirklich soziologische Inhalt will, fängt doch gar nicht erst mit der Diskussion an, das Fach Sozialwissenschaften oder den Titel abzuschaffen und die gesamte Landschaft in Brand zu setzen, weil überall in den Universitäten diskutiert wird, das Fach ist auf einmal ...

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

– Was soll so etwas? Das haben Sie doch bewusst getan. Sie wollten ganz bewusst Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen. In einer Zeit, in der Wirtschaft, Politik und Soziologie so zusammengehören wie heute, ist das ein schwerer politischer Fehler; darüber werden wir in der Anhörung weiter beraten. Ich halte das wirklich für ein falsches Vorgehen und für nicht in Ordnung.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP hat nun die Abgeordnete Frau Müller-Rech das Wort.

(Zurufe von Kirstin Korte [CDU] und Sarah Philipp [SPD])

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn noch einmal feststellen: Der geforderte Beleg konnte immer noch nicht vorgelegt werden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist wirklich traurig, dass Sie sich auf so ein Niveau von Fake News herablassen; das kennen wir hier sonst nur von der anderen Seite des Hauses.

(Sarah Philipp [SPD]: Vorsichtig, ja? Ganz vorsichtig!)

– Ich muss mir von Ihnen auch nicht drohen lassen, Frau Philipp. Legen Sie einfach Belege für Ihre haltlosen Vorwürfe vor; dann ist diese Diskussion sofort beendet. Sie haben das in der Hand.

(Sarah Philipp [SPD]: Achten Sie auf Ihre Wortwahl! Darauf sollten Sie wirklich mal achten!)

Es stimmt: Wir haben ein Schuljahr, das nicht so ist wie jedes andere. Das Zweite Bildungssicherungsgesetz ist ein wichtiges Gesetz, um genau auf diesen Unterschied zu reagieren; das haben uns die Sachverständigen vor zwei Wochen bestätigt.

Meine Kollegin Frau Schlottmann hat schon geschildert, dass der Distanzunterricht in diesem Jahr sehr gut funktioniert hat. Die Lehrkräfte waren kreativ und haben weit über das normale Pensum hinaus einen enormen Einsatz gezeigt. Dafür sollten wir an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben im letzten Jahr mit der entsprechenden Verordnung das Lernen auf Distanz als erstes Bundesland auf sichere Füße gestellt; auch das war ein wichtiger und notwendiger Schritt. Wir haben einen vollwertigen Unterricht, der auch benotet und bewertet werden kann.

Die Abschlussklassen befinden sich in den Schulen entweder tatsächlich schon in den Prüfungen oder in der Prüfungsvorbereitung. Es ist wichtig, dass wir auch in diesem Jahr der Krise an den zentralen Prüfungen und auch der ZP 10 festhalten.

Ich möchte vier Punkte im Bildungssicherungsgesetz hervorheben und fange mit der ZP 10 an. Wir haben den Prüfungstermin verschoben. Es hat eine Konkretisierung der fachlichen Vorgaben stattgefunden, so dass Themenfelder eingegrenzt wurden und die Lehrkräfte die Schülerinnen und Schüler viel gezielter auf die Inhalte der Prüfung vorbereiten können.

Wir sorgen außerdem in diesem Jahr für mehr Auswahlmöglichkeiten bei den Prüfungsaufgaben, und zwar einerseits für die Lehrkräfte, die Aufgaben auswählen können, die konkret zum erteilten Unterricht passen. Andererseits wird es auch weitere Auswahlmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler geben, damit auch sie die Prüfungsaufgaben auswählen können, die bestmöglich zu ihrem individuellen Lernstand passen.

Zudem gibt es auch eine Modifikation im Bewertungsraster, damit die Lehrkräfte bei der Bewertung der Prüfungen die Möglichkeit haben, Spielräume vor dem Hintergrund des erteilten Unterrichts zu nutzen.

Dieses umfangreiche Gesamtkonzept ermöglicht faire, aber trotzdem landeseinheitliche zentrale Abschlussprüfungen in der Klasse 10 in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik.

Dadurch möchten wir verhindern, dass diese Abschlüsse angezweifelt werden können, denn das haben unsere Schülerinnen und Schüler nicht verdient. Sie sollen eben auf ihrem weiteren Lebensweg keine Nachteile durch diese Pandemie erleiden. Dieses

Vorhaben wurde auch in einem gemeinsamen Beschluss der Kultusministerkonferenz festgehalten, um vergleichbare Bedingungen in allen Bundesländern zu schaffen.

Ich komme zweitens zum Abitur. Auch der Beginn der Abiturprüfungen wurde neun Tage nach hinten verschoben. Das gab den Abiturientinnen und Abiturienten wichtige Vorbereitungszeit. Es war eine lehrkraftunterstützte Vorbereitungsphase, die viele Schülerinnen und Schüler sehr positiv bewertet haben, eine wichtige Zeit, die sie mit ihren Lehrerinnen und Lehrern zusammen nicht nur für die fachliche, sondern auch für eine mentale Vorbereitung auf die Prüfung nutzen konnten.

Wir haben auch dort den Aufgabenpool für die Lehrkräfte erweitert. Es gibt mehr Auswahlmöglichkeiten für wirklich passgenaue Prüfungsaufgaben und einen optionalen Nachschreibetermin für den Fall, dass drei Prüfungstermine auf drei direkt aufeinanderfolgende Tage fallen. Zudem fällt dieses Jahr die externe Zweitkorrektur aus.

Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, um allen Abiturientinnen und Abiturienten, ZP-10-ern und weiteren Prüflingen von Herzen alles Gute für ihre Abschlussprüfungen zu wünschen. Ich glaube, jeder von uns hier im Haus kann sich daran erinnern, wie er oder sie sich damals gefühlt hat. Das war eine aufregende Zeit, die man nie im Leben vergisst. Ich wünsche ihnen trotz dieser schwierigen Zeit alles Gute. Diese wichtige Botschaft sollten wir gemeinsam senden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich komme drittens zur Versetzung; da unterscheiden wir uns in unserer Haltung grundlegend von der SPD. Im Gegensatz zu der Sozialdemokratie sehen wir das Wiederholen einer Klasse nicht als eine Strafe an; vielmehr ist es für den jeweiligen Lernerfolg der Schülerin oder des Schülers der bessere Weg, als zwangsweise versetzt zu werden und Bildungslücken vielleicht nicht mehr schließen zu können. Es ist wichtig, dass es in dieser Zeit der Krise kein pauschales Durchwinken gibt, sondern dass es stattdessen erweiterte Nachprüfungen gibt.

Außerdem – das wurde auch schon gesagt – können Schülerinnen und Schüler am Ende des Jahres die Klasse auch freiwillig wiederholen; das wird nicht auf die sogenannte Höchstverweildauer angerechnet. Das haben übrigens auch die Sachverständigen als sehr ausgewogenes Verfahren positiv bewertet.

Ich komme viertens zum Vorschlag der SPD für einen Freischuss. Nicht nur wir, sondern auch die Sachverständigen waren dagegen. Eben hat auch der Kollege der SPD angeführt, man müsse die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer in dieser Zeit der erhöhten Anforderungen wertschätzend berücksichtigen.

Tatsächlich würde sich ein Freischuss negativ auf die Arbeitszeit der Lehrkräfte auswirken, denn er würde einen enormen Zusatzaufwand für unsere Lehrkräfte, für unsere Schulen bedeuten; auch das haben die Sachverständigen deutlich gemacht. Zudem wäre ein Freischuss insbesondere für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler ein Nachteil.

Diese Maßnahme ist gut gemeint – das will ich Ihnen zugestehen –, aber sie ist in diesem Fall kontraproduktiv – das haben die Sachverständigen auch bestätigt – und ein Beitrag zur Bildungsungerechtigkeit. Deswegen werden wir das auch ablehnen.

Das vorliegende Zweite Bildungssicherungsgesetz ist in dieser schwierigen Zeit ein wirklich wichtiges Gesetz für die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Eltern und die weiteren am Schulleben Beteiligten. Unser Ziel ist genau, was ich eben sagte, dass nämlich den Schülerinnen und Schüler keine Nachteile durch die Pandemie entstehen. Das ist auch unser gemeinsames Ziel hier im Haus.

Dieses Zweite Bildungssicherungsgesetz wird diesem Ziel gerecht und erfüllt genau diese Anforderungen. Ich werbe um eine breite Mehrheit als starkes Signal an unsere Schülerinnen und Schüler, an unsere Lehrkräfte, an die Eltern und alle am Schulleben Beteiligten. Ihnen allen gilt unser Dank für das Geleistete, und sie können sich sicher sein, unsere Unterstützung für das zu bekommen, was noch kommt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Grünen spricht nun Frau Abgeordnete Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns in der Wertschätzung dessen einig, was Kinder und Jugendliche an Verantwortung übernommen haben, was sie in dieser Situation tragen.

Wir sind uns einig in dem Dank an diejenigen in den Schulen, an die Schulträger, die die Situation meistern und die Herausforderungen stemmen; das ist auf jeden Fall so. Damit sind wir dann aber auch schon am Ende der Übereinstimmung angelangt.

Die Annahmen, die dem Gesetzentwurf und seiner Begründung zugrunde liegen, stimmen einfach nicht. Sie entsprechen in der Realität weder der Quantität noch der Qualität des tatsächlich erteilten Präsenz- und Distanzunterrichts.

Der Gesetzentwurf taugt auch nicht wirklich, um diese Nachteile auszugleichen und aufzufangen, obwohl er bei der Einbringung verbaselt worden ist. Dieser Gesetzentwurf ist doch viel zu spät im Parlament

gelandet, und dann noch nicht mal auf dem aktuellen Stand. Das finde ich besonders bedauerlich.

(Beifall von Frank Müller [SPD])

Nicht nur die Begründung zu § 50 Abs. 6 belegt das. Eine Rückkehr in den Präsenzunterricht sei für alle Schülerinnen und Schüler spätestens nach den Osterferien zu erwarten; das steht tatsächlich noch immer in dem Text, den Sie nicht verändert haben.

Diese eklatante Fehleinschätzung, die den gesamten Gesetzentwurf durchzieht, haben CDU und FDP – von der Ministerin erwarte ich das eigentlich gar nicht mehr – nicht zur Revision des Gesetzentwurfs veranlasst.

In der Anhörung wurde unisono vorgetragen und eindringlich appelliert, nicht an den zentralen Abschlussprüfungen im Jahrgang 10 festzuhalten. Offensichtlich wurde das überhört. An diesem Beispiel will ich auch deutlich machen, dass Sie sich längst von der Realität in den Schulen in NRW verabschiedet haben. Ich zitiere aus der Zuschrift eines Lehrers einer Gesamtschule in Duisburg:

Ich habe meine Schülerinnen und Schüler seit dem 18.12.2020 ganze fünf Tage vor den Osterferien in Präsenz gesehen. Bis sie wieder zum Präsenzunterricht kommen dürften, wird es sicherlich noch Wochen dauern, denn die Inzidenz in meiner Kommune liegt aktuelle bei 239. An einen völlig normalen Präsenzbericht ist in diesem Schuljahr sicherlich nicht mehr zu denken. Fazit: Von 20 Wochen Unterricht im zweiten Schuljahr erfolgten nicht nur für meine Schüler und Schülerinnen 16 in Distanz und vielleicht noch vier in Präsenz, also faktisch zwei, weil es sich um Wechselunterricht handelt. Hinzu kommen noch vier weitere Wochen vom 18.12. bis Ende des ersten Halbjahrs.

So weit die Realität in den Schulen in Nordrhein-Westfalen. – Was ist insgesamt zum ersten Halbjahr zu sagen? Die jüngst an der Uni Bochum vorgestellte Studie „Das Bildungssystem in Zeiten der Krise“ kommt in Bezug auf das erste Halbjahr dieses Schuljahrs zu folgendem Ergebnis – ich zitiere –:

„Im angepassten Regelbetrieb mussten demnach überproportional häufig solche Schüler*innen in den Distanzunterricht zurückkehren, deren soziale, familiäre, wohnliche und technische Voraussetzungen genau dafür besonders ungünstig sind.“

Was Sie Schülerinnen und Schülern abverlangen, soll jetzt rechtssicher sein? Hier von Gerechtigkeit und gerechten Bedingungen zu sprechen, ist blanker Hohn.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die ZP 10 müssen in die Hand der Schulen gelegt werden; das ist jetzt noch drängender als im letzten Jahr. Da individuell mehr Lernzeit gebraucht wird,

muss es möglich sein, Prüfungen auch Anfang des nächsten Schuljahres abzulegen.

Wir sollten nicht nur auf den Schulausgang, sondern auch auf den Schuleingang achten. Auch die Kitas sind von Schließungen und Kürzungen der Öffnungszeiten weitreichend und weitgehend betroffen. Schulärztliche Untersuchungen haben vielfach noch gar nicht stattgefunden.

Die Grundschulen wissen noch gar nicht, wie sich gegebenenfalls ein längerer Verbleib in der Schuleingangsphase darstellen wird. Substanzielle Unterstützung für die Grundschulen ist weiter nicht in Sicht.

Deshalb ist es sinnvoll und angezeigt, in dieser Situation einen Entscheidungskorridor für die Eltern zu öffnen, deren Kinder von Juli bis September geboren worden sind, vor der Einschulung stehen und entwicklungsbedingt noch Zeit brauchen.

Wir beraten unter diesem Tagesordnungspunkt auch unseren Antrag für ein wirksames und nachhaltiges Unterstützungsprogramm; das hat sich nämlich durch das Angebot „Extra-Zeit“ leider nicht erledigt. „Extra-Zeit“ fordert für die Gruppenangebote einen Trägeranteil von 20 %. Das ist ein unnötiges Hemmnis und bremst viele von den kleinen Jugendhilfsträgern bis hin zu Hochschulen aus, genauso wie die wieder überaus bürokratische Förderrichtlinie.

Die ausdrücklich zugelassene Form von zwei Tagen à drei Stunden in der Woche als Angebot wird sogar von Bezirksregierungen zurückgewiesen. So wird das wieder nichts, Frau Ministerin. Schon das erste Programm im Jahr 2020 ist gescheitert. Von 75 Millionen Euro wurden noch nicht einmal 5 Millionen Euro abgerufen.

(Ministerin Yvonne Gebauer: Ach, Frau Beer!)

Es bringt unseren Schüler*innen eben nichts, dass sich die Ministerin mit einem Programm schmückt, das auf der Strecke liegen bleibt; schließlich ist in diesem Schuljahr schon zu viel auf der Strecke liegen geblieben.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Infektionsrisiken wurden von Anfang an negiert und auch noch nach den Herbstferien beiseite gewischt. Frau Dr. Jana Schroeder hat gestern in der Sendung von Markus Lanz die Lage zutreffend beschrieben – ich zitiere –:

Die Elterngeneration der jetzigen Kinder liegt auf der Intensivstation. Alles was bisher über die Infektiosität von Kindern während der Pandemie gesagt wurde, ist reiner Wunschglaube. Das Kernproblem, welche Konsequenzen gezogen werden, wird nicht angepackt.

Das ist in ganz vielen Dingen deutlich geworden. Deswegen finde ich es wirklich empörend, dass

Christoph Rasche heute Morgen hier gesagt hat: Es sind ja gar keine Vorschläge gemacht worden. – Jegliche Vorschläge gerade für den Schulbereich sind abgelehnt worden,

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

und zwar seit einem Jahr und konsequent. Es ist nicht mal versucht worden, die Dinge anzugehen. Es ist nicht versucht worden, mit den Hochschulen über zusätzliche Lernbegleitung zu reden. Es ist nicht versucht worden, tatsächlich nach mehr Lernräumen zu suchen; das ist abgelehnt worden. Nirgendwo sind die Dinge wirklich angepackt worden.

Das Programm für Luftfilter ist auch nicht umfänglich abgerufen worden; 30 Millionen Euro sind stehen geblieben. Das Programm wird für dieses Jahr nicht wieder aktiviert; das ist die Realität. Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Deswegen stecken wir mit den Schulen auch zum Teil in der Situation, in der wir heute sind.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zusammengefasst: Was Schulen wirklich sicherer macht, ist nicht gelungen; Sie haben es auch nicht umfänglich versucht.

Das Anlieferungschaos bei den Selbsttests in Schulen und die nicht schultauglichen Tests haben in vielen Schulen nur verzweifertes Kopfschütteln ausgelöst. Was jetzt mit den Tests bei den Grundschulen passiert – Herr Kollege Ott hat es schon angesprochen –, schlägt dem Fass den Boden aus.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Ach, Frau Beer, ich bin wirklich sprachlos!)

Das heißt, dass Schulleitungen bis 21 Uhr abwarten müssen, ob sie externe Benachrichtigungen über Infektionsfälle bekommen, die nachgeprüft werden müssen. Dann müssen sie die Eltern anrufen, aber morgens ab halb sieben wieder bereitstehen, damit die Logistik in den Schulen stimmt, und das Ganze ohne Unterstützung. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, Frau Ministerin.

Die gesamte Organisation mit den kommunalen Spitzenverbänden steht auch noch nicht. Wieder einmal chaotisieren Sie die Landschaft, belasten die Schulen und haben kein Konzept, das wirklich dahintersteckt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Insofern ist es wirklich schade, dass Sie beratungsresistent sind und weiterhin offensichtlich aus dem Tunnel heraus Ihre Politik machen. Das geht auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, auf Kosten der

Familien und der Lehrkräfte in diesem Land. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Name des vorliegenden Gesetzes ist ein Euphemismus zur Beruhigung all derjenigen, die sich zu Recht um ihre Zukunft sorgen und gleichzeitig im Griff einer multiplen Angst einen Teil ihrer Lebenszuversicht verloren haben. Eltern, Schüler und Lehrer sind im letzten Jahr auf eine Art belastet worden, die ihresgleichen sucht.

Soll ein Bildungsprozess erfolgreich verlaufen, braucht es Kontinuität, Verlässlichkeit, soziale Kontakte und den ständigen direkten Umgang mit den Altersgenossen und den Lehrkräften. Es braucht kontinuierliche geistige und soziale Anregungen aus diesen Kontakten.

Deshalb sind die Schulschließungen seit dem Frühjahr des letzten Jahres eine Katastrophe, vor allem für die Kinder. Für die Eltern sind sie es aus Sorge um ihre Kinder. Für die Lehrkräfte sind sie eine Katastrophe, weil das Unterrichten auf der einen Seite erschwert oder verhindert wird, auf der anderen Seite aber Vermittlungsleistung gefordert und Leistungsbewertung abgefordert wird.

Letztere ist deshalb so schwer, weil im letzten Jahr fast alles fehlte, was ein erfolgreicher Bildungsprozess als Voraussetzung braucht und was man dann auch seriös und gerecht bewerten kann. Der Präsenzunterricht war dermaßen reduziert, dass Schüler und Schülerinnen wenig Gelegenheit hatten, ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Noch schwieriger ist dies im Distanzunterricht, in dem Schülerinnen und Schüler kaum über Rezeption und Reproduktion von Lernstoffen hinauskommen.

Dazu kommen noch die völlig unterschiedlichen Bedingungen, unter denen Distanzunterricht stattfinden kann. Da gibt es Sitzungen mit einem funktionierenden Austausch zwischen Lehrkraft und Lerngruppe, da gibt es aber auch monatelange Unterrichtsversäumnisse von Schülerinnen und Schülern, die nicht das notwendige Equipment besitzen, um regelmäßig am Distanzunterricht teilzunehmen. Einzuordnen und einzurechnen sind auch noch die jeweiligen Motivationsschübe unterschiedlichster Art bei Lehrkräften und Schülern.

Was in der Anhörung von einigen Sachverständigen als gelungen und normal bezeichnet wurde, hatte doch nicht die herkömmliche Normalität im Blick,

sondern die Normalität in der Ausnahme, die Normalität in der Bedürftigkeit, die Normalität des Verzichts, des Behelfs und des Mangels. Insofern ist es schon abenteuerlich, dass Sie mit diesem Gesetz die herkömmliche Normalität vortäuschen, als ob die Schulschließungsmaßnahmen der Regierung kaum Auswirkungen gehabt hätten.

Mit dem Gesetz, das den Namen Bildungssicherungsgesetz trägt, werden Sie in keiner Weise die Bildung sichern. Sie erlauben äußerlich die Weiterführung der Schullaufbahnen einzelner Schüler, aber Sie sichern nicht die Kontinuität des Bildungsprozesses. Deshalb stellen Sie auch die Anzahl der Klassenarbeiten frei. Deshalb setzen Sie die Schullaufbahnentscheidung am Ende der Erprobungsstufe auch aus. Deshalb erhöhen Sie die erlaubte Anzahl der Minderleistungen für die Versetzungsentscheidung.

Damit die Prüfungen gelingen, haben Sie sicherheitshalber die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen in den Präsenzunterricht geholt. Das ist ja auch gut so; aber damit haben Sie doch ein klares Signal gegeben: Nur der Präsenzunterricht ermöglicht die angemessene Lern- und Verstehensleistung. Dieses Eingeständnis Ihrer eigenen Fehler, die Schulen weiterhin zu schließen und Rudimentärunterricht anzubieten, konterkariert doch das hier vorliegende Gesetz.

Die einzige Möglichkeit, die Bildung zu sichern, ist die bedingungslose Öffnung von Schule und Unterricht. Die AfD-Fraktion hat das bereits seit April letzten Jahres immer wieder gefordert und immer wieder auf die Unverhältnismäßigkeit sowie Ungeeignetheit der rigiden Schulschließungsmaßnahmen wie auch auf die Schädlichkeit des Maskentragens hingewiesen.

Heute meldet mein Heimatkreis Borken eine sogenannte Inzidenz von 136,5. Von 370.676 Einwohnern gelten 992 als positiv getestet, wobei nicht ausgewiesen wird, wie viele davon wirklich krank sind. Diese 992 positiv Getesteten umfassen 0,267 % der Einwohnerschaft des Kreises. Deshalb bleiben nun 42.000 Schüler und Schülerinnen zu Hause. Deshalb müssen die Prüflinge in den Schulen Masken tragen. Deshalb gibt es Grundrechtseinschränkungen, die ihresgleichen suchen.

Von den bisher 12.574 positiv Getesteten – wohl seit letztem Jahr – sind glücklicherweise 11.344 wieder gesundet. 238 dagegen waren bedauerlicherweise offensichtlich so schwer erkrankt, dass sie gestorben sind. So bedauerlich dies ist: Das sind 1,892 % der positiv Getesteten. Hochgerechnet auf die gesamte Bevölkerung des Kreises Borken sind das 0,000642 %.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ich glaube es nicht!)

Wer diese Zahlen in vollem Bewusstsein betrachtet, kann die Maßnahme der Schulschließungen und die

bedrückenden Einschränkungen von Schülern und Lehrkräften im Präsenzunterricht nicht nachvollziehen. Ja, er muss doch zugegen, dass alle Maßnahmen der Regierung ein skandalöser Fehlalarm sind und sofort wieder beendet werden müssen, auch wenn der Tod eines Menschen im Familienkreis für tiefe Trauer sorgt. Zu diesen nötigen Beendigungen gehören auch die übrigen Einschränkungen, welche die Mitglieder der Schulgemeinde unnötig einschränken und quälen.

Wenn man dann noch bedenkt, dass der PCR-Test laut Weltgesundheitsorganisation und nach Angaben der Testentwickler keine Krankheit diagnostizieren kann, dass jeder zweite Schnelltest nach Angaben des Robert Koch-Instituts – die Nachricht ist von heute, also ganz frisch –, des Instituts, auf das Sie alle hören, eine fehlerhafte Angabe erbringt, dass das Maskentragen zu schweren gesundheitlichen Schäden führt – mittlerweile gibt es dazu jede Menge Studien –, kann ich nicht verstehen, Frau Gebauer, wie Sie trotz solcher Gewissheiten noch ruhig schlafen können. Haben Sie eigentlich kein Gewissen?

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Es muss doch wie ein Albtraum auf Ihnen lasten,

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Abenteuerlich!)

dass die 2,2 Millionen Schüler unseres Landes, die Ihnen anvertraut sind, völlig unbegründet ihrer Bildungsmöglichkeit beraubt werden und während des Unterrichtens mit allerlei Quälereien belästigt werden.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Mann, Mann!)

Da hilft es Ihnen auch nicht weiter, dass SPD und Grüne in der Vergangenheit immer wieder die Unzulänglichkeit des sogenannten Gesundheitsschutzes an den Schulen vorgebracht haben. Die Forderungen von SPD und Grünen sind so widersprüchlich, dass man sie gar nicht ernst nehmen kann. Da fordert die SPD in ihrem Antrag auf Seite 2 – ich zitiere –:

„Schulen sind mit den Gesundheitsämtern vor Ort in Kontakt und könnten in Absprache mit ihnen diese Entscheidungen treffen. Das MSB muss den Schulen mehr vertrauen.“

Zwei Zeilen später fordert derselbe Antrag von der Landesregierung – Zitat – „endlich Klarheit und Planungssicherheit“. Ja, was denn nun? Selbstständigkeit der Schulen oder Gehorsam gegenüber dem Dienstherrn?

In gleicher Weise kann man im Vergleich zwischen diesen Anträgen und dem, was Herr Kutschaty heute Morgen hier ausgeführt hat, sehr schön Ihr Mindernickel-Syndrom beobachten. Herr Kutschaty schürt heute Morgen weiterhin die Angst vor der COVID-19-Erkrankung. Sie geben vor, den Schulbetrieb wieder in die Normalität zurückführen zu wollen. Das nimmt

Ihnen doch keiner ab, Herr Ott – und auch nicht die Krokodilstränen, die Sie hier gerade geweint haben.

Sie treiben ein hässliches Spiel mit den Mitgliedern der Schulgemeinde. Von denen haben das auch viele bereits erkannt. So heißt es in einem offenen Brief, der wohl auch an alle Parteien ging – ich zitiere zum Schluss –:

„Wie weit wollen Sie noch Ihre Macht ausweiten und uns unsere bürgerlichen und freiheitlichen Grundrechte gänzlich nehmen, um unsere Jüngsten, die unsere Zukunft bedeuten, Ihrer Machtgier zu unterwerfen?“

Ich kann Ihnen die Antwort geben: Solange die Regierung und die Linksoption diesem Mindernickel-Syndrom unterliegen, nämlich aus gespieltem Mitleid Macht zu generieren, so lange wird das hier weitergehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Da würde ich mich weigern, „Herr Kollege“ zu sagen!)

Für die Landesregierung erteile ich nun der Ministerin Frau Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer¹⁾, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein persönliches Wort vorweg: Ich wusste, dass schulpolitische Debatten immer etwas ganz Besonderes sind. Aber heute glaube ich, dass diese Beiträge doch vieles aus der Vergangenheit toppen.

Lieber Herr Ott, es ist gut und richtig, dass Sie unseren Kindern und Jugendlichen hier in Nordrhein-Westfalen danken, dass sie die Pandemie so gut bewältigen, sie mit Bravour meistern. Dem kann ich mich nur vollumfänglich anschließen.

Bei allem anderen bin ich doch sehr erstaunt – erstaunt über Inhalt, über Form und über Stil Ihres Beitrages am heutigen Tag. Sie haben hier von Tests gesprochen. Sie haben hier von Inklusion gesprochen. Sie haben hier von Sozialindex gesprochen. Sie haben hier von dem Fach Wirtschaft/Politik und der Lehramtszugangsbefähigung gesprochen. Am wenigsten, lieber Herr Ott, haben Sie sich heute mit dem vorliegenden Zweiten Bildungssicherungsgesetzt beschäftigt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Frank Müller [SPD]: Ihr ja auch nicht!)

Eine persönliche Bemerkung meinerseits: Ihr Auftritt hat mich mehr an eine Wahlkampfrede

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Aber an eine schlechte!)

auf dem Marktplatz in Köln-Chorweiler erinnert denn an einen fundierten Beitrag zum vorliegenden Zweiten Bildungssicherungsgesetz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Beer, für Sie zur Info und zu Ihrer Unterstellung, das Programm „Extra-Zeit“ würde nicht laufen: In drei Wochen gab es 183 Maßnahmen für 665 Gruppen. 1,5 Millionen Euro sind für die Maßnahmen bewilligt worden.

Ich finde es sehr schade, dass Sie immer wieder versuchen, hier die Realitäten und die Fakten zu verdrehen. Sie schaden damit der guten öffentlichen Akzeptanz dieses Programms. Aber am Ende des Tages – und das ist das Traurige – schaden Sie damit den Schülerinnen und Schülern. Das muss man so deutlich einmal hier sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, worum geht es eigentlich in dem vorliegenden Gesetzentwurf? Es geht darum, dass wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf Sicherheit, Klarheit und Verlässlichkeit für unsere Schülerinnen und Schüler, aber auch für unsere Lehrkräfte schaffen. Ich denke, gerade in diesen Zeiten sind das wichtige Voraussetzungen für faire Chancen für die Schülerinnen und Schüler dieses besonderen Jahrgangs. Ja, es ist ein besonderer und kein normaler Jahrgang.

Die Sachverständigen haben sich in der Anhörung zu diesem Zweiten Bildungssicherungsgesetz mehrheitlich positiv zu dem Entwurf geäußert. Sie haben bestätigt, dass dieser einen angemessenen Nachteilsausgleich in Zeiten eines angepassten pandemiebedingten Unterrichtsbetriebes schafft.

Ich möchte diese gesetzlichen Anpassungen noch einmal kurz zusammenfassen, weil sie von der Opposition anscheinend gar nicht zur Kenntnis genommen worden sind und auch keine Erwähnung gefunden haben.

Am Ende der Erprobungsstufe gibt es keinen Schulformwechsel gegen den Elternwillen. Zentrale schriftliche Leistungsüberprüfungen am Ende der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe finden auch in diesem Schuljahr nicht verpflichtend statt. Die Delfin-4-Sprachprüfungen können auf das kommende Schuljahr verschoben werden. Benachrichtigungen wegen Minderleistungen im Verlauf des zweiten Schulhalbjahres, die sogenannten Blauen Briefe, werden auch in diesem Schuljahr nicht erteilt. Das hat zur Folge, dass Minderleistungen aus dem zweiten Halbjahr in einem Fach bei der Versetzungsentcheidung nicht berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, es wird in diesem Schuljahr keinen Übergang in die nächste Klasse oder Jahrgangsstufe ohne einen Nachweis der erforderlichen Leistungen geben. Darüber gab es bei den

Gesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Lehrerverbände, aber auch der Schulleitungsvereinigung ein großes, breites Einvernehmen. Eine Versetzung ohne Leistungsnachweis wäre – so die Experten – für die Motivation der Schülerinnen und Schüler fatal, und zwar nicht nur in diesem Schuljahr, sondern auch für die kommenden Schuljahre.

Die Sachverständigen haben auch bestätigt, dass aus ihrer Sicht eine Leistungsbewertung mit Augenmaß durchaus möglich ist.

Ja, es wird in diesem Jahr ZP-10-Prüfungen geben. Ich habe es erwähnt: Dieses Schuljahr ist und bleibt kein normales Schuljahr. Weil es kein normales Schuljahr ist, haben wir für dieses Schuljahr 2020/2021 auch eine Reihe von Maßnahmen zur flexibleren Ausgestaltung dieser Prüfung getroffen. Sie umfassen die Verschiebung des Beginns der Prüfungstermine – jetzt auf den 19. Mai –, die Konkretisierung der fachlichen Aufgaben, die Bereitstellung zusätzlicher Auswahlmöglichkeiten bei den schriftlichen Prüfungsaufgaben einiger Prüfungsfächer sowie Anpassungen der Bewertungsraster.

Mit diesen Maßnahmen erzielen wir eine Entlastung der Prüflinge, ohne dadurch die Kernlehrpläne und bundesweiten Bildungsstandards für den Hauptschulabschluss und den mittleren Schulabschluss einzuschränken und damit deren Anerkennung infrage zu stellen.

Eines ist mir noch wichtig: Es geht auch darum, im Sinne der Kinder und Jugendlichen eine nationale Vergleichbarkeit und Qualität unserer Schulabschlüsse herzustellen – und nicht eine Beliebigkeit.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es ist richtig – auch das ist schon erwähnt worden –, die Lehrkräfte und Schulen nicht noch zusätzlich mit Aufgaben zu belasten. In diesem Zusammenhang geht es darum, hier auch die zentralen Prüfungsaufgaben zu erstellen.

Noch eine Bemerkung meinerseits zu dem Vorschlag eines Freiversuches für Abschlussprüfungen: Diese Möglichkeit wurde ganz klar und eindeutig von den Experten abgelehnt. Alle haben bestätigt, dass auch die Durchführung der Abiturprüfungen nach den derzeitigen Planungen gut und richtig ist. Ein Freiversuch sei nicht praktikabel und habe keinen Mehrwert. – Dem kann ich an dieser Stelle nur zustimmen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Für das nächste Schuljahr werden wir sicherlich noch darüber sprechen müssen, wie wir einen Nachteilsausgleich für diese Schülergeneration schaffen können. Heute geht es darum, für dieses Schuljahr einen Ausgleich und angemessene Lösungen zu finden und umzusetzen sowie eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.

Das ist uns – so auch die Experten in der Anhörung – mit diesem Gesetzentwurf gelungen. Daher bitte ich um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Ott noch einmal um das Wort gebeten. Er hat 2 Minuten 18 Sekunden Restredezeit zur Verfügung.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Die braucht er nicht! – Zuruf von Henning Höne [FDP] – Sarah Philipp [SPD]: Das sind dieselben Leute, die eben über Stil geredet haben! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Hast du dir mal selbst zugehört und nachgelesen?)

Jochen Ott (SPD): Herrlich, welche Begeisterungstürme das immer auslöst. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur einmal auf eines eingehen: Wir haben heute bei diesem Tagesordnungspunkt, weil wir Bildungspolitiker ja effizient denken, versucht, viele Punkte einzubringen. Wir haben einen Antrag der Grünen, einen Antrag der SPD und einen gemeinsamen Antrag gehabt. Außerdem haben wir das Gesetz – das Gesetz, das Sie erst monatelang gar nicht einbringen und dann mit einem verkorksten Zeitplan abends um 22 Uhr hier einbringen wollten. Sie wollten hier um 22 Uhr über das Bildungssicherungsgesetz reden.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Wer? Ich?)

Und dann sagen Sie: Warum redet der über andere Themen?

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Alle diese Themen sind Bestandteil der Anträge, die auf der Tagesordnung stehen.

(Beifall von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir haben einen zusätzlichen Bildungsantrag mit umgekehrter Reihenfolge eingebracht.

Der Witz ist: Das war eine bildungspolitische Gesamtaussprache, und Sie haben gezeigt, Frau Ministerin, dass Sie das, was hier im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen passiert ist, immer noch nicht wahrnehmen können.

(Beifall von der SPD)

Sie haben die Probleme an den Schulen bis heute nicht verstanden. Das sorgt mich sehr.

Ich kann nur dringend raten: Nehmen Sie wahr, was die Elternvertreter und die Lehrervertreter Ihnen sagen. Es reicht nicht, sich ein, zwei Leute herauszusuchen.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Welche denn?)

Vielmehr muss man in die Breite schauen.

Ich möchte zum Schluss noch auf eines hinweisen: Die Eltern und die Schülerinnen und Schüler in diesem Land haben ein sehr feines Gespür. Sie wissen nämlich zum Beispiel: Wenn nur 10 % der Kinder in unserem Land sich für ein freiwilliges Wiederholen entscheiden, wird in vielen Kommunen der Schulbetrieb schon problematisch. Denn so große Klassen zu bilden, ist natürlich problematisch, weil der Schulraum gar nicht zur Verfügung steht.

Wenn in den 1. bzw. 2. Klassen oder in den Kitas viele Eltern sagen, es sei ein besonderes Jahr und das Kind werde nicht eingeschult oder die 1. bzw. 2. Klasse werde wiederholt, wird es in vielen Schulen unseres Landes in diesem Sommer verdammt eng – und das in einer Zeit, in der wir gemeinsam investieren müssen, damit das, was verlorengegangen ist, aufgeholt werden kann.

Dies zwei Monate vor den Sommerferien überhaupt nicht zu sehen, nicht zu diskutieren und nicht anzusprechen, ist das bildungspolitische Versagen dieser Koalition. Sie reden über die Wirklichkeit der Menschen in diesem Land schon lange hinweg.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zu insgesamt sechs Abstimmungen.

Wir stimmen erstens über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/12594 ab. Der Ausschuss für Schule und Bildung empfiehlt in Drucksache 17/13416, den Antrag der SPD Drucksache 17/12594 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? Das müssten die Grünen sein, weil ich eben keine Meldung gesehen habe.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Zustimmung!)

Ich stelle das Ergebnis noch einmal neu fest. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/12594 abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/12601 ab. Der Ausschuss für Schule und Bildung empfiehlt in Drucksache 17/13420, den Antrag Drucksache 17/12601 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? –

CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/12601 abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/13549 zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/13092 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/13549 abgelehnt**.

Wir stimmen viertens über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/13553 zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/13092 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/13553 abgelehnt**.

Wir stimmen fünftens über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/13092 ab. Der Ausschuss für Schule und Bildung empfiehlt in Drucksache 17/13418, den Gesetzentwurf Drucksache 17/13092 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/13092** in der gerade festgestellten Form **angenommen und verabschiedet**.

Wir stimmen sechstens über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/13554 ab. Wer möchte dem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/13554 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

7 Standardisierung von Lärmschutzwänden

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13396

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der AfD dem Abgeordneten Vogel das Wort.

Nic Peter Vogel^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schätze, es werden sich noch einige in diesem

Hohen Haus an den schrecklichen Verkehrsunfall im letzten November erinnern, als auf der A3 bei Köln-Dellbrück eine Pkw-Fahrerin von einer 6,2 t schweren Betonplatte erschlagen wurde. Es war eine sogenannte Lärmschutzwand, die nicht regelkonform angebracht worden war.

Ich erinnere mich noch gut an die Berichterstattung in der Presse und auch an die Aufregung kurz danach im Verkehrsausschuss. Am meisten beunruhigt hatte mich die Intransparenz. Man stocherte erst einmal ein kleines bisschen im Nebel. Wo hatte denn diese Baufirma damals, 2008, diese Wände errichtet? Wo wurden Sonderkonstruktionen gemacht? Wo sind eventuell noch Fehler zu verorten? – Man hatte erst einmal sechs weitere Platten abgenommen. Und siehe da: Auch dort hatte man Risse oder Biegungen an den Schweißstellen festgestellt.

Der Reihe nach: Was ist passiert? 2008 wurde ein Subunternehmer von Straßen.NRW damit beauftragt, diese Lärmschutzwände anzubringen. Damit Sie das einmal einordnen können: Straßen.NRW bedient sich im Jahr ungefähr 10 bis 18 Subunternehmern explizit für diese Lärmschutzwände. Man hatte allerdings nicht die richtigen Größen vorrätig. Und so ist man nach dem Motto „Was nicht passt, wird passend gemacht“ vorgegangen. Man musste einen Höhenunterschied ausgleichen. Da wurde auch vor Ort geschweißt. Es wurde fleißig – ich sage es einmal nett – improvisiert.

Das Spannende an der ganzen Sache: Der ortsansässigen Bauaufsicht ist das Ganze aufgefallen. Die haben gesagt: Hört mal, ihr macht da ganz schöne Sonderkonstruktionen, die nicht regelkonform sind. Wir möchten von euch die Nachweise haben, dass die Statik dieser Sonderkonstruktionen wirklich hält. – Das war vier Wochen vor Inbetriebnahme der Strecke. Die Baufirma hat sich nicht gemeldet. Und so wurde vier Wochen später die Strecke feierlich eingeweiht.

Aber auch weiterhin bestand man mehrfach schriftlich darauf, diese Nachweise zu erbringen. Da sich diese Baufirma nie wieder gemeldet hat, ist das passiert, was hier in Deutschland, im Land der Behörden und des starken Staates, passiert: Man hat einfach nicht mehr nachgefragt.

So kam es dazu, dass bei den Prüfungen 2009 oder spätestens 2013 überhaupt nicht mehr in den Akten vermerkt war, dass diese Lärmschutzwände nur unter Vorbehalt abgenommen worden waren. – So weit, so gut.

Wie kann man sich diese Prüfungen vorstellen? Alle sechs Jahre ist eine sogenannte Hauptprüfung. In den Jahren dazwischen findet einmal eine Nebenprüfung statt. Jährlich gibt es eine Inaugenscheinnahme. Wie funktionieren diese Prüfungen? Wir wissen, dass bei den Prüfungen 2009 und 2013 die Objekte lediglich von vorne besichtigt wurden.